

Der besten Literatur bringen. Noch gewaltiger war der Umfang der sportlichen Erziehung.

In den Volksschulbataillonen wurde Fußball, Leichtathletik, Schachturnieren, Schwimmen, Scherathletik, Fechten, Turnen mit großem Erfolg betrieben. Mehr als 150 000 Volksschüler nahmen an diesem Unterricht teil, mehr als 300 000 Personen besuchten die Sportfeste. Im Reichsbildungsamt, das die Synthese der körperlichen und geistigen Erziehung zum erstmalig glücklich verwirklichte, wäre also die künftige Erziehungsinstitution vorgebaut. Die Organisation des Reichsbildungsamtes deutet also den künftigen Aufbau der Erziehungsinstitution an. Die Idee der Autokratie ist in den Stürmen der Revolution begraben worden. Das Reichsbildungsamt konnte so erfolgreich wirken, weil es von unten herauf aufgebaut, von den Klassen, die durch ihre Bildungs- und Sportvereine sind, getragen wird. Jedes Bataillon im ganzen Reich enthielt seine Bildungs- und Sportvereine in die Reichsbildungsämter, jeder Reichsbildungsamtsleiter seine Vertreter in die Landesbildungsausschüsse, die einvernehmlich mit den Landesbildungsausschüssen und mit dem Reichsbildungsamt wirken. Nur so war es möglich, diese großartige Organisation in wenigen Tagen zu schaffen und ihre ganz außerordentliche Entfaltung in wenigen Wochen und Monaten zu erzielen.

Wenn es also gelingt, dem Kultur- und Arbeitsgedanken in der neuen Wehrmacht breiten Raum zu schaffen, wenn es gelingt, die Wehrkörperverbände zu Lehr- und Arbeitskörperverbänden umzuwandeln, dann darf sich die republikanische Demokratie getroßt dem Schicksal ihrer Soldaten anvertrauen. Noch aber steht das neue Gesetz im Feuerkampf der Parteien: von seinem Schicksal hängt nicht zum wenigsten das Schicksal der Republik ab.

Hadernde Brüder.

Am 23. November 1919 hatte die *„Kölnische Volkszeitung“* geschrieben:

„Heute ist die einzige wichtige politische Frage die: zettet uns unsere Haltung vor dem Untergang, oder beschleunigt sie ihn? Und nach unserer Überzeugung beschleunigt den Untergang jede Politik, die den Unabhängigen und ihrem linken Nachbar das Wasser aus den Mäulen trinkt. Der einzige Kampf gegen sie ist die augenblickliche Regierung. Deshalb kann es für den, der den Dänen Kaven Kus und mit nüchternem Verstand gegenübersieht, nur eine Politik geben: die Macht zu stärken, die uns noch dem 9. November 1918 die Ordnung gebracht hat.“

Kürzlich hat das Blatt des Monatskapitals die Frage erneut geprüft und seine Auffassung bestätigt gefunden:

„Wir halten daran fest, doch wenn wir aus der wahren Anordnung der Revolution in verhältnismäßig kurzer Zeit herausgekommen sind, und wenn wir uns heute, vorläufig wenigstens, einer gewissen Ruhe, Ordnung und Sicherheit erfreuen können, wir dies zum größten Teil der Politik der Mehrheitssozialisten zu verdanken haben. Ganz zweifellos ist es nicht anders, als alle anderen die Ähne und Korn gemessen hatten, durch die Schaffung der Reichswehr und diese Ordnung errungen hat. Wir stimmen mit Erzberger vollständig in seinem Bunkte überein, aber wenn er auf dem Zentrumsparteitag noch kürzlich gesagt hat, daß auch heute noch eine rein bürgerliche Regierung unmöglich sei, dann hat er damit nach unserer Überzeugung eine Widersinnigkeit ausgesprochen, eine Sache, die sich von selbst versteht. Wir würden es für äußerst verhängnisvoll halten, wenn die deutsche Volkswirtschaft, die deutsche Industrie, die Landwirtschaft und die anderen erwerbsfähigen Sphären vor dieser Wahrheit die Augen verschließen wollten.“

Mit diesen Ausführungen ist die historische Funktion, die die rechtssozialistischen Minister in der Regierung gespielt haben, richtig gekennzeichnet. Sie haben tatsächlich dahin gewirkt, daß die „Ordnung“ wiederhergestellt werde — die kapitalistische Ordnung versteht sich. Denn die Dinge heute liegen, werden sie sich wohl selbst sagen, daß die Resultate ihrer Politik für den Sozialismus völlig negativ geblieben, daß sie — mit oder ohne Willen, mit oder ohne Klarheit über ihre Handlungszwecke — die Stützen und Wiederhersteller der bürgerlichen Gesellschaft geworden sind.

Das kapitalistische Organ trifft aber seine Bestel-

lungen nicht nur zu theoretischen Zwecken. Es folgert daraus, daß die Politik derjenigen Kapitalisten, die die deutschnationale Opposition unterstützen, gegenwärtig schädlich sei. Sie unterstützen durch ihre Opposition nur die Unabhängigen, so besonders auch in unterer Forderung nach Neuwahlen.

„Denn angenommen auch, daß durch die Neuwahlen Roste und seine Freunde aus der Regierung hinauskämen, und daß die Zahl der Mandate der beiden Rechtsparteien sich verdoppelt, so daß eine Regierung, bestehend aus den beiden Rechtsparteien und dem Zentrum, ziffermäßig möglich wäre, — glaubt denn wirklich ein vernünftiger Mensch, daß es dieser Regierung dann beschaffen sein würde, den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Ruhe und Frieden vorzunehmen zu können? Wer nicht Vollst. deshalb treibt, um die Mandate seiner Partei zu vermehren, sondern dem in Wirklichkeit das Vaterland höher steht als die Partei, kann diese Frage unmöglich bejahen. Denn es liegt auf der Hand, daß wir dann zunächst einen neuen Bürgerkrieg durchzukämpfen haben würden, dessen Ausgang zum mindesten unklar ist.“

Wir haben es bei dieser Auseinandersetzung mit zwei Richtungen zu tun, die das bürgerlich-kapitalistische Interesse gemeinsam haben, aber über die keine Art, es durchzuführen, einig sind. Die deutschnationalen Kreise sind machtgieriger und machtbewußter. Sie werden angetrieben von den Offizieren, Beamten- und Junkerständen, die nicht reich genug ihre alte Macht wiedergewinnen können. Die regierungsfreundlichen Kapitalisten, bei denen der Eindruck der proletarischen Erhebung noch fester haftet, die dennoch die große Macht kennen, über die die Arbeiterklasse verfügen kann, sind vorsichtiger und ziehen den langsameren, aber sichereren Weg vor, den einzuschlagen sie gewiß sind, die Koalitionsregierung zu zwingen zu können. Sie wollen daher auf die Rechtssozialisten vorläufig noch nicht verzichten, sie glauben sie noch nicht entbehren zu können — als Schutzwache für die „Wiederherstellung der Ordnung“.

Das ist die Auffassung, die auch die bürgerlichen Koalitionsparteien, die Bundesgenossen der Rechtssozialisten, von deren Rolle begen. Die „Germania“ ist von den Aufstellungen der „Volkszeitung“ sehr begeistert, und hofft nur, daß sie möglichst viele Kapitalistenkreise überzeugen möge. Dann wäre auch der Zentrumswunsch, die Rechte oder Teile von ihr zur Koalition heranzuziehen, ausföhrlicher als bisher. Die Opposition der Rechten ist dem Zentrum mit Rücksicht auf den ganz reaktionären Teil seiner Anhänger reichlich unbesonnen, und so möchte es wenigstens, in Übereinstimmung mit der „Alltäglichen Zeitung“, die „Deutsche Volkspartei“ zu einem „Bürgerfrieden der Arbeit“, zu einer „Zusammenarbeit der Mitte“ von Streikern bis Erbknecht überreden. Der „Arbeitsgemeinschaft auf wirtschaftlichem Gebiet“ sollte eine „innerpolitische Einheitsfront“ eröffnen.

Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Rechte auf diese Lockrufe hören wird. Dazu sieht sie sich zu stark und ist, dank der Regierungspolitik, zu machtbewußt geworden. Sie weiß, daß, wenn sie aus Neuwahlen erklärt hervorgeht, der Zeitpunkt nicht fern ist, wo auch die Demokraten und das Zentrum den Mut finden werden, auf die rechtssozialistische Hilfe zu verzichten, ihren wahren Klassencharakter zu zeigen und mit ihr eine bürgerliche Regierung zu bilden. Die Differenzen zwischen den bürgerlichen Regierungsparteien und ihren bürgerlichen Gegnern sind eben rein taktischer Art und deshalb vorübergehend. Dauernd bleibt der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, der nur vorübergehend zum Schanden des Proletariats durch die taktischen Klünste der rechtssozialistischen Führer verdeckt werden kann, um dann schließlich um so härter und klarer wieder in Erscheinung zu treten.

Wiedereröffnung der Nationalisierung in Italien. Nach dem „Avanti“ behält der Minister die Wiedereröffnung der Nationalisierung der notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe.

Die Gelüste der 1500 russischen Arbeiterkategorien, die aus Deutschland nach Dänemark geflohen und bislang dort interniert waren, ist von der dänischen Regierung erlaubt worden, während andererseits den in Rußland befindlichen dänischen Untertanen die Heimkehr gestattet wird.

Die Gefangenentransporte aus Frankreich vollziehen sich in großer Ordnung und Regelmäßigkeit. Bis zum 18. Februar sind im ganzen 144 Transporte abgegangen.

Der Unwille der Eisenbahner.

Wir haben in mehreren Darlegungen auf die eigentümlichen Begleitumstände hingewiesen, unter denen in vielen Eisenbahnverhältnissen die Schließung des Betriebes und die WiederEinstellung der Arbeiter erfolgte. Von vielen Seiten geben uns täglich weitere Mitteilungen zu, die zeigen, daß die Begleiterscheinungen in allen Orten die gleichen sind und überall die gleiche Beunruhigung der Arbeiterklasse hervorruft. Die Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie bilden ebenfalls mit wachsender Besorgnis auf die Vorgänge in den staatlichen Betrieben, denn sie müssen erwarten, daß das Beispiel der Eisenbahnen in den Kreisen der Unternehmer zahlreiche Nachahmer finden wird. Es fehlt ihnen jeder Schutz gegen eine solche Willkür, besonders dann, wenn die Gewerkschaften — sei es nun aus Gründen eines harmonischen Opportunismus wirklicher Ohnmacht — die Streiks des Unternehmertums über sich ergehen lassen. Auch die Haltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes findet keineswegs die ungeteilte Zustimmung der Mitglieder, was ebenfalls aus einer Reihe von Zuschriften, die wir erhalten, hervorgeht. Besonders deutlich tritt dieser Unwille in einem Brief aus Halle an, in dem einige Anfragen an Herrn Brunner gerichtet werden. Es heißt darin u. a.:

„Was sagt in dieser ersten Stunde der Beirat Brunner zu der auf höheren Befehl vorgenommenen erneuten Schließung von 14 Eisenbahnverhältnissen? Was tut er in dem Ausmaß, in dem das Ministerium die letzten Vorbereitungen für den neuen Schluß wegen der Eisenbahner führt, auf Weisen im Rheinland? Oder sollte er etwa gar seine Hand mit im Spiele haben? Jedenfalls dürfte es dem „alten Eisenbahner“ auf der nächsten Generalversammlung nicht so leicht werden, sich reinzuwaschen. Es muß jedem denkenden Eisenbahner geradezu unverständlich erscheinen, daß der Zentralvorstand des D. E. V. die offensichtlichsten Machinationen des Ministeriums und des Beirates des Beirats so ruhig hinnimmt. Und es ist nicht zu verwundern, wenn die Eisenbahner jetzt in den schwersten Stunden, in denen die junge Organisation jetzt steht, nach einer Generalversammlung rufen, nach einer anderen Besetzung des Vorstandes, damit der unter schwierigen Umständen aufgetauchte Verband nicht zur Unfähigkeit verurteilt wird.“

Unendlich schwere langwierige Kämpfe hat der Verband gegen die Gebietsverwaltung geführt, was eine Flut von Sitzungsprotokollen und sonstigen Verordnungen nach sich zog. Aber auch innerhalb der Organisation sind die Gebietsvereine noch nicht überstanden, und es ist grundversteht und für die Weiterentwicklung schädlich, gewollt in diesen Prozeß eingegriffen zu werden. Durch die „Reorganisation“ werden die Verbandskreise des Verbandes, die man fortwährend zu „Reber“ stampelt, auf die Straße geworfen, dort prallen sie überfallen, der Genosse Dreunig, Frankfurt, Mitglied des Zentralrates, ist gefangen worden. Auf Herrn Brunner ist es am 11. Januar in Berlin gekommen, mit 28 gegen 21 Stimmen den Zentralrat der Eisenbahner zu besetzen. Die Abstimmung ist aber dennoch ein Zeichen, daß es unter den meist rechtssozialistischen Bezirksleitern zu dümmern beginnt. Die Leitung der Organisation scheint völlig verloren zu sein. Sie glaubt, durch einen Zusammenschluß mit anderen Vereinen ihre Macht noch einmal befestigen und ihre verhängnisvolle Regierungspolitik noch weiter betreiben zu können. Anders ist das Hinschreiben der Generalversammlung nicht zu verstehen.

Es scheint am Platze zu sein, auch hier die Frage zu stellen: Ist Herr Brunner bekannt, daß er, der Beirat des Eisenbahnministers, zugleich Vorsitzender des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist? Und was denkt er dagegen zu tun — gegen das eine oder gegen das andere? Die Situation drängt, wie uns scheint, zu einem Entschluß.

Aus anderen Teilen auch dieser Zuschrift geht hervor, daß der Unwille der Eisenbahner gesteigert wird durch die merkwürdige Rolle, die der Allgemeine Eisenbahnerverband des Herrn Riedel bei den Vorgängen spielt, und durch die Bevormundung, deren sich seine Mitglieder erfreuen. Ist es den Herren nicht bewußt, daß diese Unterschiede in der Behandlung in höchstem Grade stehen zu den mit beiden Organisationen gemeinsam geführten Tarifberatungen?

Die Gabe Gottes.

Aufführung im Staatstheater.

Ein neuer Dichter, den das Schauspielhaus gestern aufführte? Ich nein, Herr Reich Solstein ist nur ein neuer Romandenscherber mit alterproben Mitteln und einer verschämten Tugend (daher nennt er sein Stück „romische Tragödie“). Er verweist so zwischen ein bißchen Angenehmer, viel Schöner und einem Rest Katala von Scherath auf den Brettern herum. Läßt einen alten Anekdote, der sein Leben auf dem „Die Gabe Gottes“ genannten Gutshof gestanden hat, kurz vor seinem Tode in den Besitz der Herrschaft gelangen. Der Alte trotz dem Sterben, ruppelt sich wieder auf, nimmt sich ein junges stolzes Weib, von dem er als Siebzehnjähriger einen Sohn haben will, um den lauernden Erben ein Schuppchen zu schlagen. Da aber schlägt ihm der Tod die Tür des Lebens vor der Nase zu, und das Rädel kriegt außer dem ihr vertraglich schon übereigneten Gutshof ihren früher verjagten Waisenburschen.

Dieser wohl, wegen der eigentümlichen Rechtsverhältnisse auf französischem Boden verlegten Vorgang hat der Autor mit allerhand theatralischem Beiwerk ohne freiliche Vertiefung ausgestattet und den nach kräftiger Unterhaltung hungernden Schaulustigen, besonders einen derben Haufen aus der literarischen Garfische hingeworfen.

Der Spielführer Dr. Bruck nutzte die Situation mit Reichenheim und Braunsbach, mit „Lorenzweibeln“ und weinenden und lachenden Erben weislich aus. Den letzten Theatererfolg, der sich nur am romantischen Schluß etwas abschwächte, entschied aber in erster Reihe Herr Woffermann, der in dem lebenslustigen, beschwätzigten Alten den „Bruck“ aus Schönerer „Orde“ unterstellen ließ. Man erlebte ein Stück prachtvoll wilder Komödiantentum, ein Gurolet und Wären, ein Schreibern und Drogen mit Tönen und Gebärden, doch es im Leben und im Sterben nur so eine Art hatte, aber ein Mensch konnte sich aus diesen Versuchungen, die nicht von Dichters Gnaden stammen, doch nicht formen. Herr Woffermann konnte zwar nicht die stürmische Volkstheater nach Art der Lehmann aber doch für ihre Rolle ausrichten, was, ne erwarbte doch hartes Können.

Von den männlichen Mitspielern zeichneten sich nach besonders die Herren Vahl, Rehbach, Reffler und Ledebur aus. E. B.

Eine Heim-Volkshochschule

wird im Schloß Tins bei Vera am 1. März 1920 eröffnet. Drei-Volkshochschulen sind in Deutschland etwas Neues. Eine Volks-Hochschule widmet sich vornehmlich denjenigen, denen es nicht vergnügt war, eine höhere Schulbildung zu genießen. Eine Heim-Volkshochschule will nicht allein Schule, sondern auch ein Heim für ihre Schüler sein. Die Heim-Volkshochschule im Schloß Tins nimmt lehrbegierige, aufwärtsstrebende Menschen beiderlei Geschlechts für einige Monate auf und bereingt sie in einer Lebensgemeinschaft, um sie nachher mit erweitertem Blick, mit bestärktem Willen in ihren Beruf zu entlassen. Die Heim-Volkshochschule Tins ist keine Parvultschule zur Heranbildung von Parteibeamten oder Funktionären, keine Hochschule mit Abichtsprüfungen und Berechtigungsdiplomen, keine Standes- und Klassenstände, sondern ein Weg zur Entwiclung der Persönlichkeit, vom Wissen und Willen, aufgenommen werden Männer und Frauen vom 18. Jahre an. Die Schule hat Raum für 80 Schüler. Die Dauer eines Kurses ist für Männer auf fünf, für Frauen auf drei Monate vorgesehen. Der erste Kursus für Frauen beginnt voraussichtlich am 15. September 1920. Kost, Wohnung und die nötigen Lehrmittel gewährt die Schule, als Beitrag zu den Kosten sind von jedem Schüler hierfür 60 Mark im Monat zu entrichten; außerdem Schulgeld 15 Mark monatlich. Als Lehrer sind wissenschaftliche Fachleute und Lehrer mit langjähriger Erfahrung auf dem Gebiete der Volksbildung tätig. Auskunft erteilt die Zeitung der Heim-Volkshochschule Vera, Tins.

Gegen die Reaktion auf den Hochschulen!

Mit diesem Beirats hatten die sozialistischen Studenten eine Versammlung auf den geistigen Abend in die Universität einberufen. Doch hielt der Verlauf trotz diesem Interessanten bei weitem nicht das, was die Ankündigung versprochen. Dr. Karzen, der erste Referent des Abends, sprach

über die Revolutionierung des Bildungswesens, die durch einen völligen Neuaufbau der Schule erfolgen müsse. Die neue Schule, die Einheitschule, dürfe nicht mehr nur eine Lehrschule, sondern müsse eine Lebensgemeinschaft sein. Im Anschluß daran gab der Vortragende den Grundriss der von ihm geforderten neuen Schule. Darauf sprach Edward Bernstein über Student und Politik. Er begrüßte es, daß der Student sich jetzt auch mit Politik befaßt, doch müsse dies auch im Geiste der Plätze geschehen. Die Nationalisten berieten sich zwar auf Pöchte, doch könnten sie ihn nie gelisten haben; denn er sei im weitesten Sinne ein Kosmopolit gewesen. Die heutige Studentenchaft und das ganze Akademikertum aber sei von der Hauptinfluenz und nationalstischen Gefinnung erfüllt. Auf das eigentliche Grundthema einzugehen vermied Bernstein, und bei der Begegnung von Reaktion und Nationalismus überging er jedoch die zahlreichen unwürdigen nationalstischen Uebertreffe, die sich mehr und mehr an unseren Universitäten ereignen.

Die Diskussion brachte wenig Bemerkenswertes.

Sozialistischer Erzieher, Wochenschrift des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerrinnen Deutschlands und Deutschlands, Verlag „Der Sturm“, Berlin W. O. Vierteljahr 4 H. Umfang 16 Seiten. Schriftleitung: Fritz Kadländer und Friedrich K. u. g. In der „Einleitung“ geben Schriftleitung und Geschäftsleitender Auskunft des Verbandes, der den Arbeitern als Vorbild für die Durchführung des Sozialismus auf dem Gebiete der Erziehung und Bildung bekannt ist, als die Aufgaben der neuen Wochenschrift an: Selbstständigigkeit über ein sozialistisches Erziehungs- und Schulprogramm, praktische Teilnahme für die Verwirklichung des sozialistischen Erziehungsprogramms, Kampf für diese Ziele nicht vom Boden einer einzelnen sozialistischen Partei aus, sondern in enger Arbeit- und Kampfabhängigkeit mit dem kämpfenden Proletariat, Vertretung der Interessen der sozialistischen Lehrerschaft. Das Blatt will besonders auf die proletarische Arbeiterbewegung und die Verdingung der Arbeiterkraft auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts und der Volkshochschulen verweisen. Die nächste Nummer erscheint am Freitag und wird voraussichtlich besonders die Elternbeiträge behandeln. Abonnieren beim Verlag „Der Sturm“, Postbox 134.

Generalversammlung des Landarbeiter-Verbandes.

Zweiter Verhandlungstag, Berlin, 17. Februar.

(Schluß des Berichts aus der heutigen Tagesordnung.)

Die Reichs-Königsberg tritt für die Arbeitsgemeinschaft ein. Im vergangenen Jahre hätten sich die Arbeiter bereit erklärt, Heberstunden zu leisten, um die Ernte unter Druck zu bringen. Die Landwirte hätten das Angebot abgelehnt; unter dem Vorwand, daß es ihnen nicht sei, wenn die Ernte verfaule. Die Arbeiter seien bereit, gegen Erhaltung Heberstunden zu leisten, unter der Bedingung, daß keine Entlohnungen mehr vorkommen und für jeden Hektar eine bestimmte Zahl von Arbeitern einstellt werde.

Königsberg wünscht eine einvernehmliche Ergänzung der einzelnen Berufsgruppen. Er wendet sich gegen die sogenannten Schmeisser-Verträge, die lediglich die Schmeisser anerkennen. Ein Kartellverhältnis mit einem solchen Verträge sei abzulehnen. Es seien keine Gründe vorhanden, den Christlicher überall sich und Stimme zu gewähren. Bei der Preisregulierung sei eine entsprechende Lohnserhöhung zu fordern.

Schwarz-Wald erwähnt, daß fast alle Weinbergarbeiter organisiert sind. Eine intensive Arbeitsleistung in der Landwirtschaft sei nur möglich, wenn die Arbeitszeit verkürzt würde. In dieser Angelegenheit dürften die Landwirte nicht schweigen. Das Alltagsleben sei nirgends besser ausgestattet, als im Weinbau. Auch die Urlaubsfrage sei dort geregelt. Entschieden müßten die Landarbeiter für einen Urlaub einreten.

Walden-Schloß wünscht die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften in jeder Provinz.

Koch berichtet, daß die Weltlichen im Reichsgebiet leben Sonntag anlässlich des Gottesdienstes große Reden gegen den Landarbeiterverband halten. Der Sonntag müsse aus der Landarbeiterordnung verschwinden. Die Arbeiter auf den Staatsdomänen würden am allermeisten unterdrückt. Es sei hohe Zeit, daß dort mit dem reaktionären Geist aufgeräumt werde.

Oppold-Wärmerberg fordert Urlaub für die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Landrat-Pommern führt aus, daß der Verband in Pommern am stärksten von der Arbeitergruppe der Landwirte bekämpft würde. Doch 18000 Arbeiter im Landbau organisiert seien, wäre fast zu bemerken. Viele Arbeiter wählen gar nicht, daß sie Mitglieder des Verbandes seien, denn die Landwirte würden die Beiträge bezahlen. Im Kreise Aufkam wurde einem Schüler wegen Diebstahls die Stelle gekündigt. Als er sich bereit erklärte, Mitglied des Verbandes zu werden, sei die Kündigung zurückgenommen worden. Unter keinen Umständen dürfe der Landbau als Vorwurfsartikel angesehen werden. Das sei durch Vermittlung des Vorstands vom Reichs-Königsberg nicht auszusprechen. Das Erlösungsministerium für eine vierköpfige Familie betrage 400 M., deswegen wählen 600000 Arbeiter jährlich gefordert werden.

Kühne stellt fest, daß durch Löhne der Arbeiter die Preise für Holz nicht in die Höhe gedrückt worden seien. Hinsichtlich der Zuckerpreise die hohen Holzpreise zurückzuführen.

Berlin-Wagdeburg berichtet von der Vorkommnisse der Landwirte, die Grundbesitzer riesige Mengen von Maschinen auf dem Felde verfaulen lassen.

Thuma-Wagdeburg weist darauf hin, daß in Mecklenburg Arbeiter vor den Kammern einlassen werden, trotzdem auf den Feldern das Korn umkammt.

Walden-Schloß berichtet, daß die Produktion nicht durch längere Arbeitszeit gesteigert werden könne. Lediglich abhängig sei von der Arbeitsfreude der Arbeiter. Der beste Arbeiter dürften längstens acht Stunden beschäftigt werden. Für die Jugendlichen sei mehr als bisher zu sorgen. Auf diese Frage müsse der Verband mehr sein Augenmerk richten, damit die Jugendlichen nicht mehr in Rußland so hilflos ausgebeutet werden wie bisher. Mit der Lösung der Wohnungsfrage werde es auch möglich sein, Industriearbeiter auf das Land zu verpflanzen.

Frank-Sachsen wendet sich gegen die Absichten der Regierung, den Arbeitern ein Antikriegsgesetz einzuführen. Die Herren in der Regierung, die von dem Landarbeiter fordern, daß er elf Stunden zu arbeiten habe, sollten selbst einmal die Sache in die Hand nehmen und elf Stunden arbeiten.

Säuberlich wendet sich gegen die Arbeits- und Ministerialdirektionswirtschaft in den

Die den Ausbau des völkerechtlichen Studiums hat sich der Reichs-Königsberg in einer Antwort auf eine Eingabe des Deutschen Liga für Völkerecht ausgesprochen. Im Zusammenhang damit soll das Völkerecht auch im Referendarexamen der zum zukünftigen Geltung gelangen. Soweit die jetzige Binnungslage es erlaubt, will der Minister durch Beschaffung reichlicher völkerechtlichen Bildungsmaterials und die Unterstützung des völkerechtlichen Institutes dazu beitragen. Lehrkräfte für Völkerecht sollen in Zukunft zunächst an völkerechtlichen Instituten besonders erprobte Dozenten verstehen werden.

Der Lehrplan der Volkshochschule soll das Völkerecht ausgiebig berücksichtigen werden. Unersprechlich und zweifelhaft erachtet dagegen der Plan eines Instituts für Völkerecht an der Universität Moskau, für den jetzt private Kreise, die dem modernen Geist der Völkerechtshandlung ablehnend gegenüberstehen, Propaganda machen. Als Leiter dieses Institutes ist der Moskauer Professor Dr. Heinrich Vöhl in Aussicht genommen, der deshalb ungeeigneter Mann, ein solches Institut in fortgeschrittenem Alter zu leiten. Vöhl ist seit Jahren als der schärfste Gegner völkerechtlicher Ideen, die auf Verständigung hinrichten, bekannt. Seine reaktionären Ideen über Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit hat Professor Schöding in seinem Werke über den Staatenverband der Ozean Konferenzen als „gradzu ungeschwehlich“ bezeichnet.

Theaterkritik. Das Leipziger Stadttheater mußte vorzeitig geschlossen werden, da die Einzelmittel in einen Streit geraten sind. Die Mitglieder fordern eine Aufsammlung. Auch in Danzig finden am Stadttheater wegen Gehaltsstreitigkeiten keine Vorstellungen statt.

„Die Frau ohne Schatten“, die neue Oper von Richard Strauss, wird am 28. März in der Staatsoper zum ersten Male aufgeführt.

Stefania Goldbein, die auch unter dem Namen Schriftstellerin und Uebersetzerin ist nach schweren Leiden gestern gestorben. Sie hat durch ihre Uebersetzungen russische und polnische Autoren, besonders die Romane und Theaterstücke von Gadjickowitsch in Deutschland bekannt gemacht.

Die Frau ohne Schatten. Die Verleger des großen Donners und Diebes sind es nicht, die in der Nummer der „Freien Presse“ ein Bild vom Totschlag Grab zu sehen ist. Das Grab ist ein Bild vom Totschlag Grab zu sehen ist. Das Grab ist ein Bild vom Totschlag Grab zu sehen ist. Das Grab ist ein Bild vom Totschlag Grab zu sehen ist.

Staats- und Reichsministerien. Den Postarbeitern gehören die Feuerungsanlagen für Staatsarbeiter, weil sie in staatlichen Wärdern arbeiten.

Mobilmachung der pommerschen Junktur.

Seit der Rückkehr der Baltikumtruppen nach Deutschland sind mehr als zwei Monate vergangen und noch immer befinden sich geschlossene Verbände dieser Truppen, die über Deutschland sozial Unheil heraufbeschworen haben, unter Waffen. Sie sind meist auf dem flachen Lande untergebracht, führen dort ein Herrenleben, terrorisieren die Bevölkerung, stehlen und frohlocken derart, daß selbst die bürgerliche Presse wiederholt dagegen protestieren mußte. Deshalb hat sich sogar der Landrat von Rostenburg veranlaßt gesehen, öffentlich vor dem Verkehr mit den Baltikumtruppen zu warnen, da diese zum Teil gefühllos, krank seien und bereits die ganze Gegend verheert hätten.

Warum werden diese Truppen, die zu einer wahren Landplage geworden sind, nicht entlassen? Vorgänge von außerordentlicher Tragweite in Pommern geben die Antwort darauf. Dort sind in den letzten Tagen Truppen der Eisernen Division, die bisher in Swinemünde untergebracht waren, auf die großen Güter verteilt worden. Einige Grundbesitzer haben bis zu 10 Mann erhalten. Maschinengewehre, Munition, Handgranaten wurden mitgebracht. Auf mehreren Gütern wurden des Nachts ganze Fuhrten Waffen abgeladen. Die Truppen werden dem Schein nach als Landarbeiter eingestellt. Um Holz zu schaffen, sind Hunderte von Landarbeitern, in der Hauptstadt Verbandmitglieder, angeworben worden. Die Junktur machen keinen Hehl daraus, daß die militärische Schutzgarde, die sie sich angeeignet haben, gegenrevolutionären Zwecken dienen soll. Ganz offen werden auf den Gütern militärische Übungen abgehalten, und es besteht sogar in Berlin eine Informationsstelle, die Anweisungen für Gruppenoffiziere in landwirtschaftlichen Betrieben erteilt. Darin wird ganz offen ausgesprochen, daß die auf den Gütern untergebrachten Baltikumer „nach wie vor Soldaten sind und als Arbeiter nur eine kürzere oder längere Gastrolle geben.“ Weiter heißt es in der Instruktion wörtlich:

„Zum Schluß mag noch auf die Selbstverständlichkeit hingewiesen sein, daß wir uns streng davor hüten müssen, die letzten politischen Ziele, die uns vorschweben, in der Lässigkeit zu betonen.“

Diese Instruktion ist von Berlin aus am 15. Februar ergangen und von dem Divisionsführer Hans Hauptmann unterzeichnet. Der Division stehen große Geldmittel zur Verfügung. Sie hat sich im Tiergarten ein großes Klubgebäude gemietet und betreibt von dort aus unter dem falschen Namen „Arbeitsgemeinschaft“ ihre verkehrswirtschaftliche Tätigkeit.

Die Regierung hat die Pflicht, sich über die hier geschilderten Vorgänge sofort zu äußern. Sie trägt die Verantwortung dafür, daß die Baltikumtruppen nicht schon längst entlassen sind. Die Truppen beziehen auch auf den Gütern der Junktur ihre Reichsmehrzahlungen weiter. Aber auch der Landarbeiterverband, der gegenwärtig in Berlin tagt, wird zu dieser hochwichtigen Angelegenheit Stellung nehmen müssen.

Freie oder Zwangswirtschaft für Leder?

Der Monat wurde die Verwirklichung des Leders aufgehoben. Die Folge waren riesige Zielvorgaben der Lederpreise, die dauernd anhalten und sich in der Höhe Preisen für Schuhwaren und Reparaturen äußern, daß sie für Minderbemittelte kaum noch erschwinglich sind. Besserung dieser Zustände ist nur von der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Leder zu erhoffen.

Am 16. Februar fand man, wie die Deich. Allgem. Bz. mitteilt, im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Ministers Schmidt eine Beratung aller Häute- und Lederinteressenten darüber statt, ob die freie Häute- und Lederwirtschaft beibehalten werden soll oder ob man andere Maßnahmen treffen muß. Der größte Teil der Redner war für die Beibehaltung der freien Wirtschaft mit der notwendigen Begrenzung, daß man sich an die hohen Häute- und Lederpreise bereits gewöhnt habe. Für die gebundene Wirtschaft traten dagegen die Häuteverwerter ein und ein Konsumentenvertreter, ferner vier Vertreter des Landes Bayern. Minister Schmidt stellte sich auf den Standpunkt, daß die hohen Preise an sich die Wiedereinführung der gebundenen Wirtschaft unbedingt rechtfertigen würden. Es sei aber außerordentlich schwierig, ein Mittel zu finden, um sie durchzuführen. Er weise daher ebenfalls der Ansicht zu, daß es bei dem gegenwärtigen Zustande belassen werden müsse. Es würden jedoch im Reichs-

Helft den Familien Inhaftierter!

Die Unterstützungskommission der Groß-Berliner Arbeiter sieht sich genötigt, mit der Bitte um weitere Kreise sich zu wenden. Viele revolutionäre Arbeiter sitzen im Gefängnis. Die Angehörigen brauchen Hilfe. Unsere Mittel gehen zu Ende, und wenn die Arbeiter nicht hilft, kommen die Familien in schwere Not. Die Anforderungen steigen. Die Verhandlungen am Reichstag haben uns neue Hilfsbedürftige zugeführt, denen aber nur dann geholfen werden kann, wenn die Groß-Berliner Arbeiter ihre Opferwilligkeit auf das höchste anspannen. Wohl haben eine Reihe Großbetriebe Vorbildliches geleistet, aber die Anforderungen sind zu groß, als daß wir erlähmen dürfen. Aus diesem Grunde soll vom 18. bis 23. Februar eine

außerordentliche Sammelwoche

für den Unterstützungszweck zur Unterstützung der Familien Inhaftierter stattfinden! Hilfe, dringende Hilfe tut not! Macht rege Propaganda für die Sammelwoche vom 18. bis 23. Februar!

Helft alle, helft schnell! Sammelstellen sind ebenfalls gegen Aufsicht bei Adolf Voer, Mantelstraße 72. Alle Geldsendungen erbiten wir ebenfalls an selbige Adresse.

Die Unterstützungskommission der Groß-Berliner Arbeiter.

wirtschaftsministerium noch während Erwägungen darüber werden, wie der Forderung am Hauptmarkt durch Maßnahmen begegnet werden kann.

Nach dieser Stellungnahme des Ministers Schmidt ist wohl kaum noch eine Hoffnung, daß es durch das Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums zu einer Besserung in der Preisgestaltung für Leder und Schuhwaren kommen werde. Doch eine „Wendehaltung“ der Bevölkerung an die hohen Preise einzustellen, können nur Interessenten behaupten, denen die hohen Preise die Taschen füllen.

Die Kohlenförderung in Oberschlesien

In der außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre und Laurahütte H. G. äußerte sich Geheimrat Hilger über die Kohlenförderung in Oberschlesien nach der französischen Besetzung folgendermaßen:

Nachdem in Oberschlesien die Verwaltung durch die Ententeskommission ausübt, sei in Katowitz eine Kontrollstelle durch die Franzosen eingerichtet worden. Deutschland habe gemäß den Friedensbedingungen das Recht, über die ober-schlesische Kohle zu verfügen, so daß man die Erwartung hegen dürfe, daß die Ententeskommission dem Kohlenhandel der Gesellschaft nicht entgegenarbeiten werde. Auf den Gruben vorzuziehen sich die Förderung ohne Störungen. Kennenwerte Vorräte an Kohlen seien nicht vorhanden. Die unerschöpflichen Vorräte in Oberschlesien seien auf höchstens 61000 Tonnen zu veranschlagen. Die Förderung bei der Laurahütte habe sich im Durchschnitt auf 900 Tonnen je Monat erhöht, die von ganz Oberschlesien auf 10000 Tonnen. An Beständen betrage sie derzeit 85 Millionen oder 25 Millionen Tonnen vor dem Ariege. Mit ihr seien in Oberschlesien die Verhältnisse ähnlich wie in Westfalen, nämlich 68-70 Prozent der Friedensförderung. Auch die Arbeiterverhältnisse hätten sich gebessert, wenn auch Oberschlesien in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht noch wie vor unter besonderem Druck liege. In weiteren Ausführungen machte Redner darauf aufmerksam, daß eine neuerliche Kohlenpreiserhöhung eine gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung herbeiführen würde und auch eine Annäherung der Preise im Anlande an die Weltmarktpreise neue unheuerliche Lohnforderungen im Gefolge haben würde.

Auch Herrn Hilger scheint demnach vor den sozialen Folgen zu bangen, die das Anhalten der jetzigen Preissteigerungen nach sich ziehen würden.

Eine amerikanische Krise.

U. S. Washington, 18. Februar.

Wie berichtet wird, schwinden die Aussichten für die Ratifikation des Vertrages von Versailles von Tag zu Tag mehr. Die Wilson'sche Politik isoliert den Präsidenten Wilson völlig und er wird von seiner eigenen Partei preisgegeben. Staatssekretär wird von nahezu allen Politikern ohne Unterschied der Partei, wie z. B. von dem früheren Präsidenten Taft und dem ehemaligen Staatssekretär Lane, unterstellt. Das Vorgehen des Präsidenten sprengt die seit langem nur noch scheinbar bestehende demokratische Mehrheit auseinander. Unter diesen Umständen ist das Schicksal des Friedensvertrages mehr und mehr gefährdet. Sollte auch ein Einverständnis erzielt werden, so wird sich Präsident Wilson weigern zu unterzeichnen und der Senat wird dann das Aufheben des Kriegszustandes mit Deutschland beschließen.

Groß-Berlin.

Ausländer- und Judenbege.

Der Polizeipräsident von Berlin, Herr Eugen Ernst will den Kampf mit den Bewohnern der Grenadier- und Dragonerstraße aufnehmen, oder besser gesagt, er hat ihn durch die Kriminalpolizei aufnehmen lassen. Razien über Razien werden abgehalten. Herr Ernst begründet das besonders scharfe Vorgehen gegen die Bewohner jener Gegend mit dem Hinweis, daß jene Gegend der Schlupfwinkel aller dunklen Existenzen, der Schieber und Verbrecher der Stadt sei. Tagelang müsse mit aller Mühsal die Unsauberkeit vorgegangen werden. In einer Eingabe an den Minister des Innern läßt Herr Ernst schreiben:

„Seit Ausbruch der Revolution hat sich in einem Teil der alten Schrammstraße, der Grenadier-, Dragonerstraße und Umgebung ein wahres Bett entwickelt, das im Berliner Volksmunde allgemein als die jüdische Schwelgergegend wird. Es wimmelt hier von großen Mengen elementar untauglicher, die nicht nur in kriminalpolizeilicher, sondern auch politischer Beziehung überaus gefährlich sind, weil sie aus ihrer polnisch-russischen Heimat bolschewistische Ideen hier einführen und weiterverbreiten. Dazu wird die Volksgesundheit durch diese Zimmerviertel stark gefährdet. Der Begriff Kriminalität in diesen Bezirken vollkommen fremd. Die mit Bewohnern unglaublich überfüllten Wohnungen strotzen von Schmutz und Ungeheuer. Gleichgültig sind sie angefüllt mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken aller Art, die im Wege des Schleichhandels erworben und weiterverkauft werden. Schließlich sei noch erwähnt, daß die vorhandene große Wohnungsnot zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung durch Aufnahme einer solchen Menge von Ausländern unnötigweise weiter verschärft wird. Tugendweiche Rücksicht auf diese Zustände, die hier keinerlei christliche Arbeit leisten, keine Steuern zahlen, sich jeglicher Kontrolle entziehen, andererseits aber jede Gelegenheit benutzen, um die deutschen Grenzen zu umgehen und das deutsche Vermögen zu schädigen oder gar zu vernichten, dürfte völlig überflüssig sein. Vielmehr wäre es mehr als nötig, diese Ausländer bis zur Abschaffung in ihre Heimat in Wohnlagerstätten unterzubringen oder, richtiger gesagt, unschädlich zu machen.“

Soweit es sich um wirkliche Verbrecher handelt, wird gegen ihre Erziehung kein vernünftiger Mensch etwas sagen, da die Allgemeinheit daran ein Interesse hat, obwohl in erster Linie unsere sozialen Zustände für das Gedeihen der Verbrecher verantwortlich zu machen sind. Hier wird aber ganz allgemein eine starke Ausländer- und Judenbege angetrieben. Der aus keinem Lande Vertriebene soll abgeschoben oder unschädlich gemacht werden, nur weil er Ausländer ist. Man fragt gar nicht danach, ob der Mann sich etwas hat zuzuschulden kommen lassen. Es genügt, daß er Ausländer ist. Und dabei ist kürzlich schon in der Berliner Stadtverordnetenversammlung von einem Vertreter des Magistrats und auch in der Preussischen Landesversammlung darauf hingewiesen worden, daß viele aus Polen Vertriebene zunächst wieder zurückgebracht worden seien. Man habe festgestellt, daß solche arbeitsfähige Zurückgeschickte ermordet worden sind. Aus Menschlichkeitsgründen habe man dann das Verfahren nicht fortsetzen können. Und heute kommt Herr Ernst her und treibt eine Ausländer- und Judenbege, die einzeln in ihrer Art dastehen.

